



# Bundestags- brief

Nr.35 • Die Woche im Bundestag • 14.03.2008



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## Zerrissenheit und Prinzipienlosigkeit der SPD:

Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck hat sich im Richtungsstreit seiner Partei auf die Seite der SPD-Linken geschlagen. Es ist bezeichnend, dass die einzige SPD-Abgeordnete, die sich dem Wortbruch widersetzt hat, von ihren hessischen Parteifreunden stigmatisiert und ausgegrenzt worden ist. Aufgrund des Wortbruchs von Kurt Beck wissen die Bürgerinnen und Bürger nun auch: Alle Beteuerungen der SPD, auf Bundesebene nicht mit der Linkspartei zusammenzuarbeiten, sind bloße Täuschungsmanöver. Inhaltlich hat Beck zusammen mit den meisten SPD-Landesvorsitzenden bereits den Weg zur Zusammenarbeit geebnet. Begriffe wie „Soziale Moderne“ und „Solidarische Mehrheit“ machen klar, dass viele Sozialdemokraten lieber mit den Altkommunisten linke Utopien weiterverfolgen wollen, statt die Probleme unseres Landes zu lösen. Das Verhalten des SPD-Vorsitzenden Beck ist eine Belastung für die Große Koalition und macht die Arbeit schwer. Umso wichtiger ist es darum, dass die Union klaren Kurs hält und wir alles daran setzen, die Ziele, derentwegen wir die Große Koalition eingegangen sind, weiter zu verfolgen.

### **Pflegeversicherung zukunftssicher gemacht – Leistungen für Patienten ausgeweitet:**

Der Einsatz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Pflegebedürftigen hat sich gelohnt: Diese Woche haben wir die Reform der Pflegeversicherung verabschiedet und damit viele Verbesserungen für die Patienten und ihre Angehörigen beschlossen. Wir haben uns in den wesentlichen Punkten durchgesetzt: Der Beitragssatz wird nur minimal um 0,25 Prozentpunkte angehoben und die Leistungen kommen in erster Linie den Pflegebedürftigen zugute. Erstmals seit ihrer Gründung werden die Leistungen der Pflegeversicherung erhöht und damit an die gestiegenen Preise angepasst. Zudem können nun auch altersverwirrte Menschen besser mit Geld aus der Pflegeversicherung unterstützt werden. Verbesserte

und regelmäßige Kontrollen sichern Qualität und Transparenz der Pflegeeinrichtungen. Die Stärkung der ambulanten Pflegeleistungen hilft den pflegebedürftigen Menschen, so lange wie möglich im vertrauten Umfeld ihrer Freunde und Verwandten wohnen zu bleiben. Dagegen haben wir den Aufbau neuer bürokratischer Strukturen, die von den Sozialdemokraten gefordert wurden, abgewendet. Pflegestützpunkte werden nicht flächendeckend, sondern nur auf Wunsch des jeweiligen Bundeslandes eingeführt.

Auch die Finanzierung dieser Stützpunkte wird nach Bundesländern aufgeschlüsselt, so dass nicht die Beitragszahler in Bayern, Baden-Württemberg oder Thüringen für Pflegestützpunkte in Rheinland-Pfalz zur Kasse gebeten werden. Damit wurde auch eine Zerschlagung bestehender und gut funktionierender Strukturen verhindert. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dafür gesorgt, dass die Leistungen der Pflegeversicherung den Patienten zugute kommen und zugleich die Mehrbelastungen der Beitragszahler gering bleiben.

### **Europa voranbringen – Subsidiaritätsprinzip stärken:**

Der Vertrag von Lissabon ist die entscheidende Wegmarke der europäischen Integration der letzten Jahre. Es ist nicht zuletzt der diplomatischen Meisterleistung unserer Bundeskanzlerin zu verdanken, dass der Vertrag während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Dieser Vertrag wird nicht nur die Institutionen und Verfahren der EU reformieren und sie damit für die künftigen Aufgaben handlungsfähig machen. Er wird auch die Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente in der europäischen Rechtsetzung wesentlich stärken. Der Vertrag von Lissabon ist die erneuerte gemeinsame Grundlage der EU – deshalb werden wir das Vertragswerk im Bundestag ratifizieren. Mit dem Begleitgesetz, das wir in dieser Woche in

erster Lesung eingebracht haben, werden die Verfahren konkret geregelt, mit denen Bundestag und Bundesrat die neuen Rechte wahrnehmen können. Dazu gehört die Möglichkeit, förmell Einspruch zu erheben, wenn wir zu der Auffassung kommen, dass die Initiativen der Europäischen Kommission unverhältnismäßig sind oder über die ihr durch die Verträge zugewiesenen Zuständigkeiten hinausgehen. Dazu werden wir künftig intensiver die politischen Entwicklungen verfolgen und stärker mit unseren Partnerfraktionen der EVP-Familie aus den nationalen Parlamenten zusammenarbeiten, um uns schneller politisch abzustimmen und einer Kompetenzausweitung entgegenzutreten können. In letzter Instanz steht uns die Möglichkeit offen, durch eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof klären zu lassen, ob die Kommission in einer bestimmten Sachfrage tatsächlich zuständig ist. Die Subsidiaritätskontrolle zwingt die Kommission, schon in der Planung von Gesetzgebungsprozessen genau zu überlegen und zu begründen, ob und inwieweit eine Initiative gerechtfertigt und verhältnismäßig ist. Außerdem kann die Subsidiaritätskontrolle dabei helfen, dass europäische Initiativen größere Aufmerksamkeit in den nationalen Parlamenten und in der Öffentlichkeit finden werden. CDU und CSU sind und bleiben die Europaparteien. Dabei sind wir gleichzeitig überzeugte Verfechter der europäischen Einigung, aktive Mitarbeiter an den gemeinsamen Aufgaben der EU und aufmerksame Wächter des Gestaltungsprinzips der Subsidiarität.

#### **Mittelmeerregion fördern – Spaltung der EU verhindern:**

In seinem Präsidentschaftswahlkampf hat der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy seinen Plan vorgestellt, eine Mittelmeerunion zu gründen. Auch wenn der genaue Inhalt einer solchen Union zunächst im Vagen blieb, liefen die Bemühungen auf eine neue Institution außerhalb der Europäischen Union zu. Wir haben von Beginn an deutlich gemacht, dass das französische Anliegen, die südlichen Mittelmeerränder fester an Europa zu binden und bei der Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zu unterstützen, wichtig ist. Allerdings sind neue Institutionen außerhalb der EU nicht nur überflüssig, sondern können letztlich sogar zu einer Spaltung der EU führen. Der bessere Weg ist daher, die seit 1995 bestehende "Euro-mediterrane Partnerschaft" des Barcelona-Prozesses zu stärken. Es war richtig, dass unsere

Bundeskanzlerin immer darauf bestanden hat, dass eine verstärkte Kooperation mit den Mittelmeerränderstaaten nur innerhalb der EU-Strukturen in Frage kommt und damit allen EU-Partnern offen stehen muss. Am 3. März hat sie sich auf ein solches Vorgehen mit dem französischen Präsidenten geeinigt. Damit kann die Mittelmeerunion in dieser Woche Gegenstand der Beratungen anlässlich des Europäischen Rates werden. Alle weiteren Planungen zur Ausgestaltung einer Mittelmeerunion werden dann in europäischen Gremien fortgesetzt. Dies ist ein großer Erfolg der Kanzlerin und ein weiterer Beleg, dass die Union mit einem klaren Standpunkt am besten in der Lage ist, deutsche Interessen zu vertreten.

#### **Frauen sind die Gewinner der Arbeitsmarktentwicklung:**

Immer mehr Frauen entscheiden sich dafür, berufstätig zu sein. Zwischen 1960 und 2005 ist die Zahl der erwerbstätigen Frauen in den alten Bundesländern um über drei Millionen gestiegen. Damit hat sich der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen auf 45 Prozent erhöht. Deutlich erhöht hat sich auch die berufliche Qualifikation der weiblichen Berufstätigen, was auch zu höheren Einkommen geführt hat. Weil Frauen weiterhin häufiger Teilzeit arbeiten und zudem in Branchen mit geringeren Durchschnittsverdiensten tätig sind, bleiben ihre durchschnittlichen Einkommen jedoch weiterhin hinter denen der Männer zurück.

#### **Zu guter Letzt:**

##### **Mein Tipp der Woche:**

##### **Die Ausstellung „Macht und Freundschaft. Berlin – St. Petersburg 1800-1860“**

Ist die Innigkeit der Beziehungen zweier Staaten durch Geschichte und Kultur zu verstehen?

Die Ausstellung beleuchtet die besonderen Beziehungen zwischen Preußen und Russland in erster Hälfte des 19. Jahrhundert. Mehr als 400 Exponate, darunter Gemälde, Porzellan sowie Requisiten von höfischen Ereignissen, lassen die Epoche der deutsch-russische Kulturlibung lebendig werden und werfen einen Blick auf politische Konstellationen der preußisch-russischen Allianz sowie den beiderseitigen künstlerisch-kulturellen Austausch. Ein „Muss“ für jeden, der Einblicke in die deutsch-russischen Beziehungen bekommen will.

Die Ausstellung ist vom 13. März bis zum 26. Mai 2008 im Martin-Gropius-Bau Berlin zu sehen.